

Quelle: NZZ vom 15.3.2018

Selbstkritische Töne zur Postauto-Affäre

Der Nationalrat sieht sich auch in der Pflicht, aber die Reformvorstellungen gehen auseinander

Lukas Mäder, Bern

Das Erstaunlichste an der grossen Aussprache zur Postauto AG war, dass sie äusserst gemässigt verlief. Kaum Gehässigkeiten im Nationalrat, wenig direkte Kritik an der zuständigen Verkehrsministerin Doris Leuthard, keine grossen Emotionen. Vielmehr gaben sich mehrere Nationalräte durchaus selbstkritisch: «Wir stehen alle in der Verantwortung», sagte etwa Hans Grunder (bdp., Bern). Sie nahmen damit Leuthard den Wind aus den Segeln, die in ihrem Votum ausführlich auf die gewollten Strukturen hinwies, die das Parlament selbst so beschlossen hatte.

Kontrolle hat versagt

Die stärkste Kritik – und zwar von allen Seiten – gab es an der Aufsicht. Zu viele Stellen seien bloss für einen Teilbereich zuständig, sagte Thomas Hardegger (sp., Zürich). «Viele verlassen sich deshalb auf die anderen.» Mehrere Votanten wunderten sich, dass das Bundesamt für Verkehr trotz Hinweisen erst nach Jahren auf die unlautere Praxis aufmerksam wurde. Selbst in den Augen der CVP, der Partei der Verkehrsministerin, haben die Kontrollmechanismen nicht funktioniert.

Scharfe Kritik gab es auch an der Eidgenössischen Finanzkontrolle, die den Fall nun untersuchen will. Ulrich Giezendanner (svp., Aargau) sprach von «Schlafmützen», bei denen man aufräumen müsse. Insgesamt war der Konsens parteiübergreifend gross, dass die Verantwortlichkeiten und Kompetenzen der Aufsicht klarer geregelt werden müssen.

Rundum Vorbehalte gab es auch gegenüber dem heutigen System des subventionierten regionalen Personenverkehrs: Den Transportunternehmen sind keine Gewinne erlaubt, und sie können die Preise mit den Bestellern – Bund und Kantonen – aushandeln, was meist ohne Ausschreibung und echte Konkurrenz geschieht. Die Lösungsansätze der Parteien stehen sich jedoch diametral gegenüber, wie es Leuthard treffend zusammenfasste: «Wie üblich ruft die Linke nach mehr Staat und mehr Service public, und die Rechte nach Privatisierung und nach mehr Wettbewerb.»

SP und Grüne orteten eine Ursache der Postauto-Affäre in den Gewinnvorgaben des Bundes und dem Vergütungssystem der Post-Führung. Entsprechend fordert Regula Rytz (Grüne, Bern) in zwei

Motionen, die Gewinnvorgaben und variable Lohnbestandteile abzuschaffen beziehungsweise zu beschränken. FDP und Grünliberale hingegen wiesen auf die Besonderheit der bundesnahen Betriebe wie Post oder Swisscom hin, die auch im freien Markt tätig seien und so den Wettbewerb verzerren. Für Thierry Burkart (fdp., Aargau) dürfen deshalb Abspaltungen und Privatisierungen kein Tabu sein.

Modell der SBB Cargo

Einen interessanten Vorschlag brachte Giezendanner am Rande der Debatte auf: Private Transportunternehmen sollen sich an der Postauto AG beteiligen, wobei der Bund über den Postkonzern die Mehrheit behält. So könnte der Verwaltungsrat mit externen Mitgliedern besetzt werden – heute ist er faktisch inexistent. Dieses Modell ist bereits für den Problemfall SBB Cargo vorgesehen. Weiter sollte die Postauto AG ihre eigenen Fahrzeuge verkaufen und Aufträge an private Busunternehmen vergeben.

Den Vorschlag eines eigenständigen Verwaltungsrats für die Postauto AG findet Edith Graf-Litscher (sp., Thurgau) zumindest bedenkenswert. Am Montag wird sich die verkehrspolitische Kommission des Nationalrats, die Graf-Litscher präsidiert, ebenfalls mit dem Fall Postauto beschäftigen – mit besonderem Augenmerk auf die Aufsicht und das System der ÖV-Subventionierung. Das wäre die erste Gelegenheit der Politiker, nach grossen Reden mit Handeln anzufangen.